



**Die Waffen nieder!
Demo am 8.10. in Berlin**

Seite 2

**S21 - Hausgemachte
Nahverkehrssabotage**

Seite 3

**Klinikum Stuttgart: 700
Wohnungen abgeschafft**

Seite 4

EUCOM und AFRICOM schließen! Von Stuttgart muss Frieden ausgehen!



29.8. Blockade der "Lebenslaute" am AFRICOM

Die Mehrheit der Bevölkerung will keinen Krieg. Ohne Rücksicht darauf beteiligt sich die CDU/CSU-SPD-Bundesregierung an Kriegseinsätzen in aller Welt, steckt hunderte Milliarden in neue Rüstung, betreibt die Militarisierung der Gesellschaft bis in die Schulen und lässt Weißbücher schreiben, die den Weg in den Krieg ideologisch absichern sollen.

Dabei wird die Lage immer gefährlicher: Mit den wachsenden Spannungen an der Ostgrenze der bis an die Grenze zu Russland ausgedehnten NATO rückt das Stuttgarter EUCOM verstärkt in den Mittelpunkt. Hier werden die Kriegsbedrohung und die kommenden Kriege geplant und vorbereitet. Der neue Commander des EUCOM, Curtis M. Scaparroti tritt die Nachfolge des Kriegstreibers Breedlove an, indem er den Übergang von der Sicherheits-

politik zur Abschreckung mit folgenden Worten feiert: „Wir stehen vor einem wiedererstarkenden Russland, dessen aggressives Verhalten die internationalen Normen in Frage stellt. [...] Wenn Abschreckung scheitert, muss man auch bereit sein zu kämpfen.“

Damit wird der Wandel des EUCOM von einer Koordinations-

stelle für die NATO hin zu einer Stelle, die tatsächlich den Krieg vorbereitet, weiter forciert.

Zusammen mit dem ebenfalls in Stuttgart stationierten AFRICOM, in dem die mörderischen Drohneneinsätze in Afrika mit deutscher Beteiligung koordiniert werden und den zuarbeitenden deutschen Militärdienststellen entwickelt sich Stuttgart zur Kriegshauptstadt in Europa. Die Verantwortlichen in Stadt und Land, also die ehemals radikalpazifistischen Kuhns und

Fortsetzung Seite 2



29.8. Konzert der "Lebenslaute" vor dem AFRICOM

AfD – Alternative für Deutschlands Immobilienhaie?!

Nach einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sympathisieren inzwischen 22% der politisch „sehr rechts“ stehenden Wähler mit der AfD (2015 waren es noch 8%). Auch stieg die Anziehungskraft der AfD unter Arbeitern in den letzten beiden Jahren von zwei auf elf Prozent, unter Arbeitslosen von ein auf 15%. Der ausländerfeindlichen „Law-and-Order“-Partei gelingt es also zunehmend, sich als „Partei des kleinen Mannes“ darzustellen.

Entsprechend liest man im AfD-Kommunalwahlprogramm von 2014: „Unser Motto lautet ‚Mut zur Wahrheit‘ und das nehmen wir sehr ernst. Bürgerbeteiligung, von der inzwischen alle Parteien reden, endet eben nicht beim „Gehörtwerden“, der politische Wille der Bürger muss auch verstanden und umgesetzt werden!“

Doch wie genau nimmt es die AfD mit der Wahrheit und dem Gesetz? Welchen Bürgerwillen will sie umsetzen - den der Besitzenden oder den der arbeitenden Bevölkerung?

AfD-Stadtrat setzt Mieter unter Druck

Der AfD-Stadtrat Eberhard Brett vertritt als Anwalt auch Immobilienunternehmen, um beispielsweise rückständige Mieten einzutreiben. Um Mieter zum Auszug zu bewegen, sollen sie laut Informationen der Stuttgarter Nachrichten vom 22.7.2016 massiv unter Druck gesetzt worden sein, bis hin zur Androhung von Tötlichkeiten. Ein Anwalt des „kleinen Mannes“? Die eingetriebenen Mieten soll er dann auch noch in die eigene Tasche gesteckt haben, anstelle sie an seinen Mandanten ImmoBau weiterzuleiten.

Fortsetzung Seite 2

Kretschmänner, haben daran offensichtlich nichts auszusetzen. Sie treiben im Gegenteil die Zusammenarbeit weiter voran. Das ganze wird medial begleitet von Jubelberichten der Stuttgarter Presse. Es gibt Stuttgarter Bürger, die diesem Treiben nicht tatenlos zusehen wollen. In diesem Jahr hat sich die Initiative „Krieg und Fluchtursachen beginnen hier – von Stuttgart muss Frieden ausgehen!“ gebildet. Mit vielen Aktionen wurde die große Bandbreite des modernen Krieges von Drohneinsätzen, über das angespannte NATO-Russland-Verhältnis bis hin zu den Geheimdiensten oder den mili-

tärischen Ausbildungsmissionen und den Rüstungsexporten aufgezeigt und angegriffen.

Wir Kommunisten sind Teil dieser Bewegung. Wir sehen in der umfassenden Militarisierung der Gesellschaft eine direkte Bedrohung für unser Leben und das unserer Kinder. Im Zusammenhang mit der Wahlfarce in Amerika wurde erschreckend deutlich, dass sogar der Atomkrieg wieder kalkuliert wird. Werden dann auf die Kriegshauptstadt Stuttgart die ersten Atombomben fallen?

EUCOM und AFRICOM schließen - Wohnungen statt Kasernen!

Fortsetzung von Seite 1

Dem „Saubermann“ Brett wird von seinem früheren Geschäftspartner ImmoBau Unterschlagung in Höhe von 18000 Euro vorgeworfen, wobei ein Großteil der Vorwürfe inzwischen verjährt ist.

Sozialer Wohnungsbau „sozialistischer Quatsch“?

Auch zur Wohnungspolitik äußert sich die AfD: „[...] Darüber hinaus bietet Stuttgart eine gute Infrastruktur und eine große kulturelle Vielfalt. Davon profitieren alle.“ „... die es sich leisten können.“ möchte man ergänzen, doch das scheint die AfD nicht zu interessieren. Dann heißt es weiter: „Entsprechend teuer ist natürlich auch der Wohnraum – in einer Marktwirtschaft ist das unvermeidlich. Politik soll in die Preisbildung nicht eingreifen, sie kann aber helfen, die schlimmsten Folgen abzumildern.“ Marktradikal mit sozialem Mäntelchen? Politik im Sinne der arbeitenden Menschen sieht anders aus. Davon, dass es Aufgabe der Stadt ist, im Sinne der Daseinsvorsorge für alle bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, findet man jedoch kein Wort. Wenn AfD-Stadtrat Heinrich Fiechtner den sozialen Wohnungsbau als „sozialistischen Quatsch“ bezeichnet, wird klar wessen Alternative die AfD ist: die der Spekulanten und Immobilienhaie.



Demo-Aufruf:

Die aktuellen Kriege und die militärische Konfrontation gegen Russland treiben uns auf die Straße. Deutschland befindet sich im Krieg fast überall auf der Welt. Die Bundesregierung betreibt eine Politik der drastischen Aufrüstung. Deutsche Konzerne exportieren Waffen in alle Welt. Das Geschäft mit dem Tod blüht.

Dieser Politik leisten wir Widerstand. Die Menschen in unserem Land wollen keine Kriege und Aufrüstung – sie wollen Frieden.

Die Politik muss dem Rechnung tragen. Wir akzeptieren nicht, dass Krieg immer alltäglicher wird und Deutschland einen wachsenden Beitrag dazu leistet: in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Mali. Der Krieg in der Ukraine ist nicht gestoppt. Immer geht es letztlich um Macht, Märkte und Rohstoffe. Stets sind die USA, NATO-Mitgliedstaaten und deren Verbündete beteiligt, fast immer auch direkt oder indirekt die Bundesrepublik.

Krieg ist Terror. Er bringt millionenfachen Tod, Verwüstung und Chaos. Millionen von Menschen müssen fliehen. Geflüchtete brauchen unsere Unterstützung und Schutz vor rassistischen und nationalistischen Übergriffen. Wir verteidigen das Menschenrecht auf Asyl. Damit Menschen nicht fliehen müssen, fordern wir von der Bundesregierung, jegliche militärische Einmischung in Krisengebiete einzustellen.

Die Bundesregierung muss an politischen Lösungen mitwirken, zivile Konfliktbearbeitung fördern und wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau der zerstörten Länder leisten.

Die Menschen brauchen weltweit Gerechtigkeit. Deshalb lehnen wir neoliberale Freihandelszonen wie TTIP, CETA, ökologischen Raubbau und die Vernichtung von Lebensgrundlagen ab.

Deutsche Waffenlieferungen heizen die Konflikte an. Weltweit werden täglich 4,66 Milliarden Dollar für Rüstung verpulvert. Die Bundesregierung strebt an, in den kommenden acht Jahren ihre jährlichen Rüstungsausgaben von 35 auf 60 Milliarden Euro zu erhöhen. Statt die Bundeswehr für weltweite Einsätze aufzurüsten, fordern wir, unsere Steuergelder für soziale Aufgaben einzusetzen.

Das Verhältnis von Deutschland und Russland war seit 1990 noch nie so schlecht wie heute. Die NATO hat ihr altes Feindbild wiederbelebt, schiebt ihren politischen Einfluss und ihren Militärapparat durch Stationierung schneller Eingreiftruppen, Militärmanöver, dem sogenannten Raketenabwehrschirm – begleitet von verbaler Aufrüstung – an die Grenzen Russlands vor. Das ist ein Bruch der Zusagen zur deutschen Einigung. Russland antwortet mit politischen und militärischen Maßnahmen. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Nicht zuletzt steigert die Modernisierung genannte Aufrüstung der US-Atomwaffen die Gefahr einer militärischen Konfrontation bis hin zu einem Atomkrieg.

Sicherheit in Europa gibt es nur MIT und nicht GEGEN Russland.

Wir verlangen von der Bundesregierung:

- den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen
- die drastische Reduzierung des Rüstungsetats
- den Stopp der Rüstungsexporte
- die Ächtung von Kampfdrohnen
- keine Beteiligung an NATO-Manövern und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Russlands.

Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Krieg und Militärinterventionen.

Wir fordern ein Ende der Militarisierung der EU. Wir wollen Dialog, weltweite Abrüstung, friedliche zivile Konfliktlösungen und ein auf Ausgleich basierendes System gemeinsamer Sicherheit.

Für diese Friedenspolitik setzen wir uns ein.

Veranstalter_innen: Bundesausschuss Friedensratschlag, Kooperation für den Frieden, Berliner Friedenskoordination

Stuttgart 21 - Hausgemachte Nahverkehrs-Sabotage

Im Streben Stuttgarts, sich zur Weltstadt hochzuruinieren und sich durch eine fortlaufende neoliberale Bauwut als Wahrzeichen Erkennungswert zu verschaffen, ist diese Stadt zu unzähligen fremdbestimmten Opfern bereit. Das weltweit verlachte Projekt „Stuttgart 21“ lässt regelmäßig das S-Bahnnetz zusammenbrechen, so dass ein Streik der Nahverkehrslokkführer wahrscheinlich keinen größeren Schaden anrichten könnte. Solch eine Selbstsabotage ist verbunden mit einem dringend general zu überholenden Nahverkehrsnetz, für dessen nötige Restaurationsmaßnahmen jedoch das Geld fehlt, das lieber im S21-Krater versenkt, bzw. den Profiteuren in den Rachen geworfen wird. Damit hat Stuttgart nun im Namen des Fortschritts bestimmt in den nächsten 30 Jahren einen großartigen neuen Bahnhof mit einer effektiven Verringerung der Gleisanzahl und garantierter Dauerverkehrsangina.

Auf widersinnigen Größtbaustellen sind solche Verhältnisse der Regelfall, wie Parallelen zum neuen Berliner Großflughafen BER und dem schönblumigen Bahnhof von Florenz „Belfiore“ zeigen. Die Verantwortlichen haben sich in Berlin aus dem Baustaub gemacht, Florenz zieren Verkehrs-Trombosen und lahmgelegte Baustellen, zwei Generationen an Bürgermeistern verfluchen ihr Projekt und es wird intelligenterweise an Umstiegs-, Ausstiegs- und am liebsten Ungeschehens-Konzepten gearbeitet. In Stuttgart hingegen kann auf das Wunder der Einsicht noch länger gewartet werden als auf die S-Bahn.

Abenteuer Arbeitsweg

Mittlerweile sitzt den werktätigen Bürgern Stuttgarts jeden Morgen die Furcht im Nacken, ob sie heute unbescholten

ihren Arbeitsplatz anfahren können oder auf Zwischengleisen geparkt werden. Ob sie evakuiert werden und statt von A nach B höchstens von A nach A' kommen. Ob sie mit herabhängenden Oberleitungen kollidieren oder von schmalen, nicht öffentlichen Bahnsteigen auf die Gleise fallen. So wird der tägliche Weg zum Arbeitsplatz zu einem Abenteuer für Risikofreunde.

Im August 2016 kam es innerhalb einer Woche viermal zu Brandfehlalarmen. Zwei davon wurden durch Baustellenstaub ausgelöst, die anderen beiden durch menschliches Versagen und eine unachtsame Spinne, die den Alarmsensor in ihr Netz verwebt. Und da wir gerade bei Vernetzung sind: Damit die DB Station & Service (eine Tochterfirma der DB Netze AG) auch bei zukünftigen Störfällen und Fehlalarmen durch die Insektenwelt untätig bleiben kann, gibt es die VVS Mobil App-Initiative „Kunden informieren Kunden“. Somit kann die Bahnsteigauskunft weiterhin ihrem Motto treubleiben: „Niemand informiert niemand“. Es bleibt also in der Verantwortung des Fahrgastes, sich um die Informationen über die wöchentlich wandelnden Fahrsituationsüberraschungen selbst zu bemühen und den Weg zum Arbeitsplatz

flexibel und kreativ zu gestalten. Eine eingebaute „Standortbestimmung“ des jeweiligen Informanten verhindert Missbrauch im Sinne möglicher Sabotagescherze, die innerhalb der zentralgesteuerten selbstgenerierten Sabotage im großen Stil sowieso nicht auffallen würden.

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**

UZ

*Che würde
UZ lesen!*



Jetzt

**4 Wochen
kostenlos
probelesen**

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 4 Wochen kostenlos. Das Probeabo endet automatisch.

Name

Vorname

Straße / Haus-Nr.

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail-Adresse

Sie erhalten die DKP-Zeitung UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich. Das Abo endet automatisch.

Bestellung: CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18
45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • vertrieb@unsere-zeit.de

Einladung zu den Treffen der DKP

Gruppe Nord:

Di. **11.10.2016** und Di. **25.10.2016** 19.00 Uhr,
Bürgerzentrum Feuerbach, 1. Stock, Stuttgarter Str. 15 bei OBI,
Eingang Roserplatz (Haltestelle Feuerbach Bahnhof)

Gruppe Cannstatt:

Di. **11.10.2016** und Di. **08.11.2016**, 19.00 Uhr, Gaststätte Äquator,
Kreuznacher Str. 57, Cannstatt (Nähe Wilhelmsplatz)

Gruppe Süd:

Di. **25.10.2016**, 19.00 Uhr, Linkes Zentrum Lilo Herrmann,
Böblinger Str. 105 (Eingang Taubenstr. klingeln),
Stuttgart-Heslach (Haltestelle Erwin-Schöttle Platz)

Stadt und Klinikumsgeschäftsführung schaffen über 700 Wohneinheiten ab

Die städtische Notfallkartei umfasst ca. 4000 Wohnungssuchende – nun kommen noch hunderte hinzu.

Spätestens seit 2005 versucht die Geschäftsführung des Klinikums, die Personalunterkünfte des Klinikums loszuwerden, da sie niemanden findet, auf den sie die Kosten hierfür abwälzen kann. Die Krankenkassen müssen für Wohlfahrtseinrichtungen zugunsten der Beschäftigten nicht zahlen, also wäre es schon immer Aufgabe der Stadt gewesen, die Personalwohnheime des Klinikums zu unterhalten und Aufgabe der Geschäftsführung, die entsprechenden Gelder bei der Stadt einzufordern.

Stattdessen hat man die Personalunterkünfte vor sich hin gammeln lassen, trotz Dienstvereinbarung mit dem Personalrat, dass jährlich 1 Mio. Euro zur Renovierung und Instandhaltung aufgebracht

wird. Gleichzeitig wird die Anzahl der Wohnheimplätze von damals über 1500 auf jetzt 1050 reduziert. Seitdem hat die Geschäftsführung an dieser Dienstvereinbarung herumgebohrt mit dem Ziel, die Personalunterkünfte zu verkaufen. Mit der Übereignung an die SWSG wird der Verlust von weiteren 280 Wohneinheiten zementiert.

Ohne Wohnungen kein Personal

Nur 770 Personalunterkünfte sollen erhalten bleiben, bei zeitweiser Reduzierung aufgrund von Renovierungsarbeiten auf lediglich 330. Das reicht gerademal für allein ca. 700 Auszubildende im Klinikum, von denen viele von weit her und direkt aus dem Elternhaus, z.B. in die Krankenpflegeschule kommen. Die übrigen 6000 Klinikumsbeschäftigten sind auf den knappen und teuren Stuttgarter

Wohnungsmarkt angewiesen. Auch wenn ein frisch renoviertes Appartement grundsätzlich attraktiver scheint – mangels Verfügbarkeit wird die Wiederbesetzung von Stellen z.B. im schlechtbezahlten Pflegedienst zusätzlich erschwert. Die angekündigte Mieterhöhung auf 12,50 €, d.h. um 38,8% bis 123,2%, muss nicht unwidersprochen hingenommen werden! Schon während der Modernisierungsphase kann eventuell Mietminderung geltend gemacht werden. Instandhaltungskosten dürfen nicht auf die Mieter abgewälzt werden und Modernisierungskosten auch nur in geringem Umfang. Im übrigen betrachtet selbst der Klinikverbund Südwest eine Erhöhung der Personalwohnungsmieten nicht nur als unmoralisch, sondern vor allem hinderlich für die Personalgewinnung. Eine der ersten Bewerberfragen in Vorstellungsgesprächen, besonders von Azubis, ist die nach Wohnraum....

Mehr Infos zum Klinikum in der "Roten Spritze" auf unserer Website www.dkp-stuttgart.org

Wir lassen uns nicht spalten!

In einer Situation, in der immer mehr Menschen berechtigte Angst vor dem sozialen Abstieg haben, wird Hass gegen Flüchtlinge geschürt. Die Botschaft der Bundesregierung lautet: Ihr müsst den Gürtel enger schnallen und verzichten. Denn die Mehrkosten für die Flüchtlinge werden vor allem aus den Etats für Arbeit, Bildung und Soziales bezahlt. Fast nebenbei hat die große Koalition die Diskussion über den angeblich nicht zu bewältigenden Ansturm von Flüchtlingen genutzt, um das Asylrecht zu verschärfen. Kriegsgebiete werden zu sicheren Herkunftsländern erklärt, der Familiennachzug ist nahezu unmöglich geworden, Sammellabschiebungen stehen auf der Tagesordnung. Die Bundesregierung schürt damit eine fremdenfeindliche und nationalistische Stimmung im Land, die sich in fast täglichen Übergriffen auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte und Wahlerfolgen der „Alternative für Deutschland“ niederschlägt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte Ende 2015 die Grenzen für Geflüchtete geöffnet und sich als Helferin der Armen feiern lassen. Ihre Politik war allerdings keinesfalls im Interesse der Menschen, die gezwungen sind ihre Heimat zu verlassen, sondern im Interesse der Banken und Konzerne.

Den deutschen Unternehmen kommt der Zuwachs an Arbeitskräften wie gerufen.

Sie sparen Ausbildungskosten, bekommen billige Arbeitskräfte und verschärfen die Konkurrenz. Es ist eine alte Methode, die ArbeiterInnen gegeneinander auszuspielen. Nach der Entrechtung von Erwerbslosen durch die Agenda 2010 und das Hartz-System werden nun die Flüchtlinge als Lohn-drücker missbraucht. Der lächerlich geringe Mindestlohn soll gekippt und Tarifforderungen mit dem Hinweis auf die Kosten für Flüchtlinge abgewehrt werden. Die Ausbeutung der gesamten Arbeiterklasse wird weiter vorangetrieben.

Auch Immobilienbesitzer und -spekulanten profitieren von den Flüchtlingen. Längst und unabhängig von den Flüchtlingen haben wir es in Großstädten mit Wohnungsnot zu tun. Der soziale Wohnungsbau wurde eingestellt, weil er zu wenig Profite bringt. Gebaut und schnell verdient wird im Luxussegment. Natürlich verschärft neuer Bedarf jetzt die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt. Weil am Privateigentum nicht gerüttelt wird, stehen Gebäude dauerhaft leer, die kurzfristig der Bekämpfung der Wohnungsnot dienen könnten. Das Unterbringen von Flüchtlingen – nur wenige



in Wohnungen, die meisten in Turnhallen oder Zeltstädten – wird auf die Kommunen und damit auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt.

Die deutsche Exportwirtschaft profitiert von offenen Grenzen für Waren und Dienstleistungen. Das sind die wahren Gründe für die „offenen Grenzen“ von Angela Merkel.

Die Ängste vieler Menschen vor Arbeitsplatz- oder Wohnungsverlust, vor sozialem Abstieg sind real. Verursacher sind aber eben nicht Flüchtlinge, die zu uns kommen, sondern Banken und Konzerne und die in ihren Diensten stehende Bundesregierung. Wir lassen uns nicht spalten!

Aus dem Sofortprogramm der DKP, vollständig unter: www.dkp-bw.de

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.

DKP Stuttgart, Spendenkonto: IBAN: DE03600501010002078906, BIC: SOLADEST600

Impressum
**DKP**
Deutsche Kommunistische
Partei Kreis Stuttgart
Böblinger Str. 105
70199 Stuttgart
www.dkp-stuttgart.org